

Positionierung und Ziele der Aktionsgruppe Kassel des IHK-Netzwerkes Mittelstand

Dem Mittelstand, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen fehlt in Deutschland noch immer eine schlagkräftige Lobby. Die zahlreichen kleinen und mittelständischen Interessensvertretungen schaffen es nicht, auf der politischen Ebene nachhaltig Einfluss zu gewinnen. Deshalb die Gründung des Netzwerkes Mittelstand mit entsprechenden Aktionsgruppen innerhalb der einzelnen IHKs.

- Wir wollen wahrgenommen werden, um mittelstandsfreundliche Politik zu veranlassen, und zwar mit gebündelter Kraft, praxisnahen Argumenten, bundesweit, mit zahlreichen mittelständischen Unternehmen im Rücken um massiven Druck auf die Politik auszuüben.
- Wir wollen das Image des mittelständischen (Klein-) Unternehmers gegenüber der Öffentlichkeit, der Politik, Entscheidungsträgern, Schülern und Studenten verbessern, indem wir die Bedeutung des Mittelstandes als tragende Säule der Wirtschaft immer wieder klar machen. Von den Sorgen und Nöten des Mittelstandes berichten. Unsere Wünsche und Verbesserungsvorschläge definieren und vortragen. Den Unterschied eines „Kleinunternehmers“ gegenüber einem „Konzern-Manager“ deutlich machen.

Forderungen und Ziele im Detail:

Arbeitsrecht

- Flexibilisierung in den Bereichen Kündigungsschutz, Scheinselbstständigkeit, Teilzeit- und befristete Arbeit sowie Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Steuerrecht

- Vereinfachung des Steuerrechts;
- Schaffung attraktiver und leistungsfördernder Steuersätze;
- Abschaffung von Bagatellsteuern;
- Verhinderung der Arbeitsplatzvernichtung durch die Erbschafts- und Vermögenssteuer
- Abschaffung der Bauabzugssteuer;
- grundlegende Reform des gemeindlichen Finanzwesens mit einer vorausschauenden Unternehmenssteuerreform, im Zuge derer die Gewerbesteuer gänzlich abgeschafft und durch eine effizientere Kommunalfinanzierung ersetzt wird;
- Umstellung der Umsatzsteuervorauszahlung auf Ist-Besteuerung;
- Senkung der Steuerberatungskosten durch radikale Steuervereinfachung;
- Schattenwirtschaft/Schwarzarbeit: Handwerker und Baurechnungen grundsätzlich steuerabzugsfähig.

Finanzierung

- Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für innovative Finanzierungsinstrumente;
- Lichtung des Förderdschungels;
- Erleichterung der Eigenkapitalbildung durch Änderungen im Steuerrecht.

Bürokratieabbau und Deregulierung

- Deregulierung und Entbürokratisierung zur Steigerung der unternehmerischen Effizienz;
- Steigerung der Effizienz (Bündelung) und Kompetenz beim Vollzug von Regelungen;
- Abbau gewerberechtlicher Erlaubnispflichten;
- Vereinfachung der hessischen Bauordnung und kommunaler Vorschriften; mittelstandsfreundliche Gestaltung des Vergaberechts durch Abbau vergabefremder Kriterien;
- Erlaubnispflichten zur Gewerbeausübung reduzieren;
- Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen,
- Führung von Fahrtenbüchern abschaffen;
- Befreiung der Betriebe von bürokratischen Bestimmungen der geltenden Arbeitsstättenverordnung;
- neue Gesetze und Vorschriften, z. B. 5 Jahre auf Probe;
- Änderung des Ladenschlussgesetzes;
- Zusammenführung des staatlichen und berufsgenossenschaftlichen Vollzugs im Arbeitsschutz. Die Leistungen der Berufsgenossenschaften sollen auf das beschränkt werden, was tatsächlich mit den Arbeitsverhältnissen in Verbindung steht;
- Auftragsvergabe der öffentlichen Hand: Es sollte endlich die schon lange beabsichtigte freihändige Vergabe bis zu 25.000 € eingeführt werden.

Ausbildung

- Verbesserung der Schulausbildung;
- Verhinderung einer kontraproduktiven, Lehrstellen vernichtenden Ausbildungsabgabe;
- Ausbau mittelstandsnaher Studienangebote, z. B. an Berufsakademien;
- Ausbildungsvergütung kürzen, z. B. zunächst für 5 Jahre;
- nur noch einen Tag in der Woche Berufsschule, stattdessen Blockunterricht;
- schon in der Grundschule Wirtschaftsunterricht und „wirtschaften im privaten Bereich“.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

- Andauernde Kostenreduktion und weitere deutliche Einschnitte in den nicht-investiven Ausgaben;
- grundlegende Reform der Finanzierung von Kommunen, um auch deren Investitionshaushalte wieder zu stärken.

Ausbau der Infrastruktur

- Erhalt und Komplettierung der Mobilitätsinfrastruktur;
- Innenstädte müssen wieder zu Magneten werden.

Zukunftsbranchen fördern

- Förderung zukunftsfähiger Branchen, wie IT, Biotechnologie und Wellness.